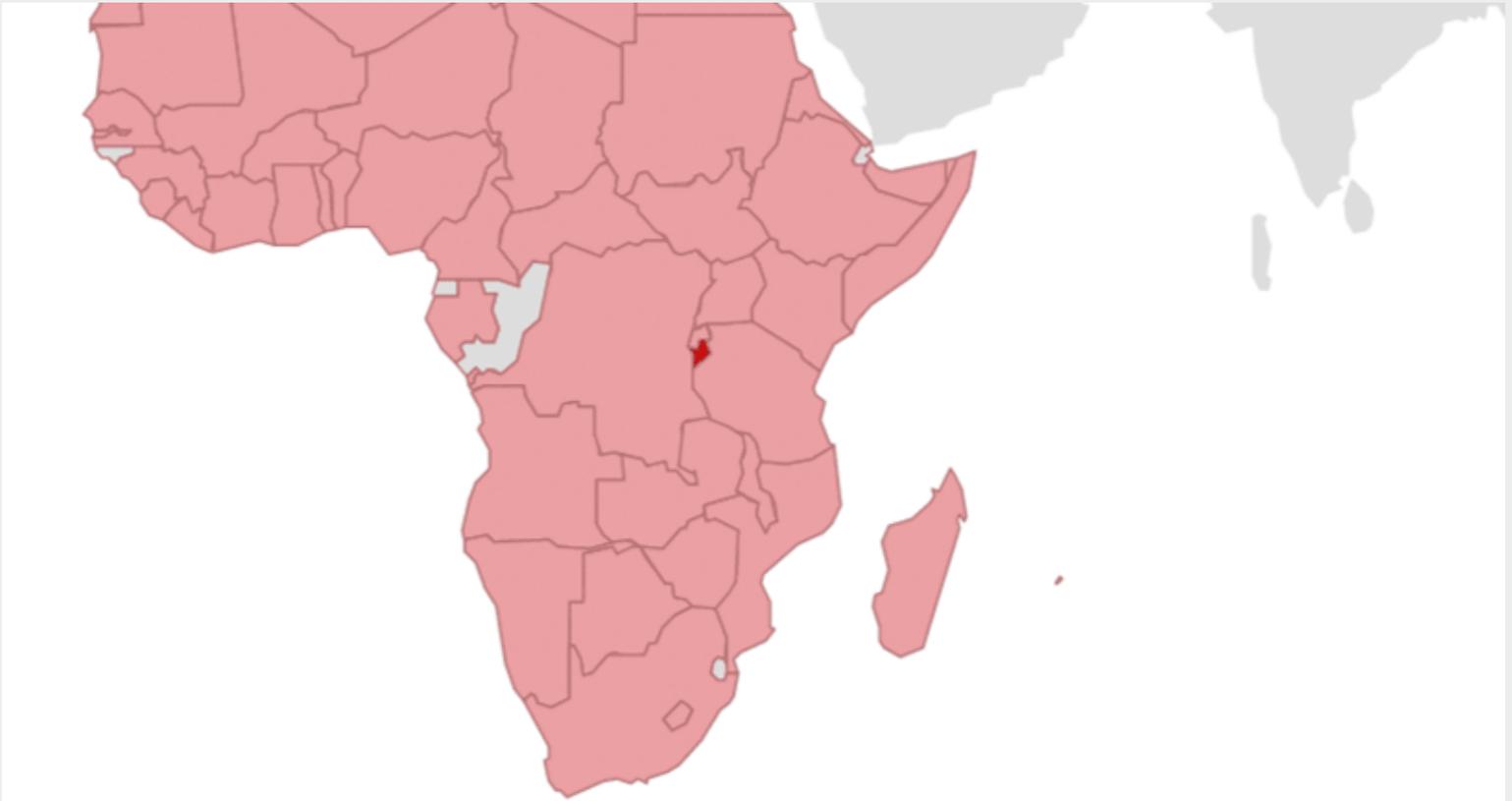




- LÄNDLICHE ENTWICKLUNG
- NACHHALTIGE INFRASTRUKTUR
- SOZIALE



Burundi

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH arbeitet seit 1975 in Burundi. Aktuell arbeiten 119 nationale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dem Land (Stand 31.12.2018). Nach der umstrittenen Wiederwahl des Präsidenten 2015 hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Zusammenarbeit mit der burundischen Regierung sowie mit der Polizei des Landes ausgesetzt. Alle Vorhaben, die dabei unterstützen, die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern, laufen weiter.



Burundi

Burundi ist eines der kleinsten Länder Afrikas, gleichzeitig jedoch mit knapp elf Millionen Einwohnenden weltweit mit am dichtesten besiedelt. Rund drei Viertel der burundischen Bevölkerung leben in Armut, 90 Prozent der Burundier betreiben Subsistenzlandwirtschaft. Die medizinische Versorgung ist unzureichend; Nahrungsmittel sind knapp. Ein hohes Bevölkerungswachstum verschärft diese Situation.

Ein wesentlicher Grund für diese Situation sind die langjährigen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessensgruppen, die Anfang der 1990er-Jahre in einem Bürgerkrieg gipfelten. Im August 2000 unterzeichneten 19 politische Parteien den Friedensvertrag von Arusha. Im April 2009 legte die letzte offizielle Rebellenbewegung die Waffen nieder. 2010 fanden in Burundi die zweiten Gemeinde-, Präsidentschafts-, Senats- und Parlamentswahlen statt, die allerdings von der Opposition nicht anerkannt wurden. Rund um die Präsidentschaftswahlen im Juli 2015 kam es erneut zu gewalttätigen Auseinandersetzungen – in Folge dessen sind mehr als 150.000 Menschen aus Burundi in die Nachbarländer geflohen.

Im Auftrag des BMZ ist die GIZ seit 2005 in der Wasser- und Sanitärversorgung in Burundi tätig. Die GIZ unterstützt das Land außerdem bei der Umsetzung von Dezentralisierung und lokaler Wirtschaftsentwicklung sowie beim Thema reproduktive Gesundheit.

und Familienplanung. Außerdem arbeitet die GIZ mit weiteren regionalen Partnern auch an der Bekämpfung des illegalen Rohstoffhandels.

Ein wichtiger Schwerpunkt in der gesamten Region ist die Ernährungssicherheit. Zudem wird – unter finanzieller Beteiligung der Europäischen Union – die burundische Regierung in Fragen Landrechte und Katastererstellung unterstützt. In Kooperation mit den Niederlanden leistet die GIZ gemeinsam mit ihren Partnern einen Beitrag zur Nutzung erneuerbarer Energien in Kommunen und Haushalten.